

# DIE BAYERISCHE REALSCHULE

QUALITÄT DER REALSCHULE GEMEINSAM SICHERN

## DEMOKRATIE

muss in der Schule  
gelebt, vermittelt und  
verteidigt werden

## TIPPS

Sprechen vor  
der Klasse

Berufliche Oberschule FOS/BOS

Ausgabe 7 // 2018 // 64. Jahrgang // B 8823 E

## NACHGEFRAGT

„Kluftinger“-Autor  
Michael Kobr

## REGELN

Medikamentenabgabe  
durch Lehrkräfte  
an Schulen

## ANALYSE

# Die neue Bayernkoalition und ihre Auswirkungen auf die Realschule



## TITEL

Die neue Bayernkoalition und ihre Auswirkungen auf die Realschule  
*Anton Huber*

### VORWORT

- 3 „Bayernkoalition“  
*Jürgen Böhm*

### TITEL

- 4 Analyse: Die neue Bayernkoalition und ihre Auswirkungen auf die Realschule  
*Anton Huber*
- 7 Fragen an den neuen Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo
- 8 Was bringt der Koalitionsvertrag für die Realschulen?  
*Ralf Neuschwender*
- 9 Ehemalige Realschülerin Ilse Aigner nun Landtagspräsidentin  
*Judith Kadach*

### IN EIGENER SACHE

- 10 Neue brlv-Mitgliedsausweise Mitgliedsbeiträge  
On Air: brlv trifft Antenne Bayern
- 11 Ein Visionär widmet sich nun ganz der Verbandsarbeit  
*Waltraud Erndl*  
Das Redaktionsteam braucht Sie!

### BILDUNGSPOLITIK

- 12 Interview mit BR-Moderator Roman Roell: „FOS und Gymnasium auf Augenhöhe“
- 13 REGIUS - Regionale Unterstützung für die eigenverantwortliche Schule  
*Heidi Schreiber*
- 14 „Campus und Karriere“:  
Jürgen Böhm im Deutschlandfunk
- 14 35. Theatertage der Realschulen

### BERUFSPOLITIK

- 15 Mütterrente II kommt ab 2019  
*Christa Nicklas*

### MELDUNGEN

- 16 Gute Lehrer haben ihren Preis
- 16 Übertrittsverfahren nach der 4. Klasse hat sich bewährt
- 17 Auf die Lehrkraft kommt es an
- 18 Demokratie muss in der Schule gelebt, vermittelt u. verteidigt werden
- 18 Branchentag bei der Polizei
- 18 VLB hat neuen Vorsitzenden

### BILDUNGSPROJEKTE

- 19 Oberland-Realschule Holzkirchen Gastgeber der 41. Filmtage Bayerischer Schulen  
*Martin Obermüller*
- 20 Vielfalt schafft Bildung  
*Waltraud Erndl*
- 21 Zehn Jahre Sprachinitiative Tschechisch an Realschulen  
*Martin Zimmermann*
- 22 20 Jahre SINUS-Konzept in Bayern  
*Bernd Bischoff*

### WIRTSCHAFT

- 23 brlv beim Mittelstandsgipfel
- 24 Fortbildung in Beilngries  
*Manfred Jahreis*

### IHR HAUPTPERSONALRAT

- 26 Medikamentenabgabe durch Lehrkräfte an Schulen  
*Ulrich Babl, Heidi Schreiber*

### AUS DEN BEZIRKEN

- 28 Bezirksversammlung in Oberbayern-Ost mit Neuwahlen  
*Christina Stegner*
- 28 Niederbayern: Bezirksversammlung und Digitalisierungsfortbildung  
*Michael Graf*

### REFERENDARE/STUDENTEN

- 29 Gut gerüstet ins Referendariat  
*Eva-Maria Fels, Judith Kadach*
- 30 Tipps: Das Sprechen vor der Klasse  
*Timo Koppitz*
- 31 Treffen der Fachgruppe Studenten- und Referendarsvertretung  
*Eva-Maria Fels*
- 32 „Digitale Bildung – Zwischen Hype und Hybris“  
*Judith Kadach*

### METHODIK / DIDAKTIK

- 34 Wie Schüler das Lernen wieder lernen  
*Dr. Hans-Peter Kempf*
- 37 Lehren und Lernen mit Augmented und Virtual Reality  
*Kristina Bucher*

### FÜR UNSERE SENIOREN

- 38 Fünf Jahre Bundesseniorenvertretung: eine Erfolgsgeschichte  
*Werner Hillen*
- 39 Hinweis für Neu-Pensionäre  
*Christa Nicklas*
- 40 Ausflugsberichte

### AUS DEN REALSCHULEN

- 42 Realschule Buchloe gewinnt 1. Preis  
*Julia Jacob*
- 43 Großer Erfolg für junge Journalisten  
*Florian Schomanek*
- 43 Besuch der israelischen Rektorendelegation  
*Alexander Kulinyak*
- 44 Erfolg beim Videowettbewerb
- 46 Clean up MOD – Wandertag mal anders
- 46 Realschule Schöllnach: Schüler gewinnen beim Kreativwettbewerb

### MEINUNG

- 50 Realschule versus Gesamtschule und die problematische Rolle der OECD  
*Dr. Walter Trapp*
- 51 „Da läuft etwas ganz schief“

### NACHGEFRAGT

- 52 3 Fragen an Michael Kobr  
*Judith Kadach*

### TERMINE UND ANKÜNDIGUNGEN

- 41 **PERSONALIA**
- 47 **ANSPRECHPARTNER**
- 54 **IMPRESSUM**



## „Bayernkoalition“ muss eine Koalition für zukunftsfähige und realistische Bildung sein

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

die Mehrheit der Menschen in Bayern hat sich am 14. Oktober klar entschieden: Wenn die Bildungspolitik – wie die Meinungsforschungsinstitute darstellen – wirklich zu über 50 Prozent die Entscheidung der Bürger bestimmt haben, dann ist das differenzierte Schulwesen in Bayern von den Wählern klar als das zukunftsfähige System gewählt worden. Die Herausforderungen und Aufgaben in der Bildung sind vielfältig und erfordern nun von allen Fraktionen im Bayerischen Landtag Weitblick sowie die Orientierung an der Sache im Interesse der Menschen im Freistaat. Was die Bürger nicht wollen, sind Experimente zur eigenen parteipolitischen Profilierung. Als Fazit der Wahl ist für mich zu ziehen: Das Ergebnis der Landtagswahl ist ein klarer Auftrag an das neue Parlament, sowohl das erfolgreiche differenzierte Schulwesen mit eigenständigen Schularten, insbesondere die starke bayerische Realschule, als auch die auf Schularten ausgerichtete Lehrerbildung im Freistaat beizubehalten. Andere bildungspolitische Vorstellungen wie die immer wieder von Parteien aus dem linken Spektrum ins Feld geführte Gemeinschaftsschule werden von den Bürgern nicht gewünscht. (Seiten 4-9)

### HOHE QUALITÄT UND INNOVATIONSKRAFT DER REALSCHULE AUSBAUEN

Die neue Regierung aus CSU und Freien Wählern ist sehr gut beraten, wenn künftig die nachweislich sehr erfolgreiche Realschule als der feste Pfeiler der bayerischen Bildung weiter gestärkt wird. Dabei muss wohl mehr denn je der Blick über die Landesgrenzen gerichtet werden. In keinem Land der Bundesrepublik wird derzeit solch eine hohe Qualität gerade im Bereich des Realschulabschlusses erreicht wie in Bayern. Die Unternehmen im Freistaat betonen unisono die bedeutende Rolle der Realschulabsolventen als dem Rückgrat des Fachkräftebedarfs der kommenden Jahre. Jegliche Versuche der qualitativen Einbuße, der Angleichung oder des Zurückschraubens von Anforderungen können wir aus Sicht der Bayerischen Realschule und im Interesse der Zukunft unserer Kinder nicht mitgehen. Die Menschen verlassen sich auf die Qualität und Innovation ihrer Realschulen in der Region.

### DER WEG DER ZUKUNFTSORIENTIERTEN ENTWICKLUNG DER BAYERISCHEN REALSCHULE MUSS FORTGESETZT WERDEN

Von entscheidender Bedeutung wird sein, wie es der neuen Staatsregierung gelingt, die Bedingungen an den Realschulen so zu ge-

stalten, dass personell und sächlich beste Bedingungen für die Schüler bereitgestellt werden. Mit vielen Maßnahmen wurde die Realschule in den vergangenen Jahren gestärkt. Dieser Weg muss konsequent und mutig fortgesetzt werden. Neben den vielfältigen Innovationen und der strukturellen Stärkung der Realschulen waren der Ausbau der integrierten und mobilen Lehrerreserven sowie eine perspektivische Einstellungspolitik wegweisend. Künftig muss gerade die Sicherung des Lehrkräftenachwuchses in einem vielfältigen, differenzierten Bildungswesen in den Fokus gerückt werden. Die Attraktivität des Lehrerberufes hängt wesentlich auch von den Bedingungen an den Schulen vor Ort, den Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen und den Perspektiven der Schullart ab. Die Realschule in Bayern hat das Potential, weiter die Vorreiterrolle in Deutschland zu übernehmen. Auch die neue Regierung sollte auf dem bewährten Weg der Stärkung vielfältiger Bildungswege aufbauen und die Bayerische Realschule so ausgestalten, dass die Menschen in Bayern weiter ihrer Realschule volles Vertrauen entgegenbringen können.

Mit den Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen und dem Bayerischen Realschullehrerverband stehen den politischen Akteuren in München in den kommenden fünf Jahren verlässliche, innovative, realistische und kritische Partner zur Verfügung, denen die Weiterentwicklung und Stärkung der Bildung in Zeiten größter Herausforderungen ein großes Anliegen ist. Wir freuen uns auf einen regen und fruchtbaren Austausch!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen besinnliche, erholsame und schöne Weihnachtstage sowie einen guten Start in ein spannendes, erfolgreiches Neues Jahr!

Ihr

Jürgen Böhm  
brlv-Landesvorsitzender



# Bayernwahl: Erfolgreiche Bildungspolitik für das differenzierte Schulwesen kann fortgesetzt werden

Analyse der Landtagswahl im Rahmen der brlv-Landesvorstandssitzung

TEXT ANTON HUBER

Fasst man das Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Oktober in aller Kürze zusammen, besagt dieses für die Parteien, die für das differenzierte Schulwesen eintreten, eine Zustimmungquote von 64,1 Prozent. Diese Feststellung ist deshalb so bedeutsam, weil nach Analyse von Infratest dimap den Wählern am Ende nicht die Flüchtlingspolitik, sondern die Themen Bildung, bezahlbares Wohnen und Umweltschutz viel wichtiger waren. 52 Prozent der Wähler gaben an, dass für sie die Bildung wahlentscheidend war.

Angesichts dieser Tatsache könnte man sich mit einer gewissen Genugtuung zurückerlehen. Offensichtlich sind die Wähler in Bayern mit dem differenzierten Schulwesen und starken eigenständigen Schularten zufrieden. Nur am Rande wurde im Wahlkampf das Thema Bildung diskutiert, wegen der enormen Fachkräftelücke. Das Thema Schulstrukturreform haben die Parteien, die für die Gemeinschaftsschule eintreten (SPD, Bündnis90/Die Grünen), aus guten Gründen nicht gespielt. Ihnen war klar, dass sie mit einem Wahlkampf gegen die starke Bayerische Realschule keinen Blumentopf gewinnen können. Die SPD wurde dennoch abgestraft und die Grünen haben ihren Wahl-

kampf in den Kernbereichen Naturschutz, Umwelt- und Klimapolitik, Asylpolitik betrieben. Die Bildungspolitik und ihre Vorschläge für das längere gemeinsame Lernen in einer neuen Form von Gesamtschule (Gemeinschaftsschule) haben die Grünen bewusst ausgeblendet. Die Bevölkerung sollte nicht verunsichert werden. brlv-Vorsitzender Jürgen Böhm erinnerte bei der Wahlanalyse durch den Landesvorstand zunächst an die im Vorfeld der Landtagswahl formulierten brlv-Erwartungen:

1. Eine weiterhin eigenständige, erfolgreiche Realschule mit einem klaren Bildungs- und Erziehungsprofil,
2. Eine gute Personalausstattung mit mehr Lehrkräften und weiterem pädagogischem Personal sowie bessere Karriereperspektiven für Lehrer durch mehr Beförderungsmöglichkeiten,
3. Deutliche Unterstützung bei Digitalisierung und Ganztags, um nur die wichtigsten Schwerpunkte zu nennen.

Nach der Wahl stellt Böhm eine große Übereinstimmung zwischen Wahlergebnis und FORSA-Umfrage (im Auftrag des brlv

zur Bildung aus dem Jahr 2017) fest und bewertet das so: „Zu einem starken, erfolgreichen Bayern gehört die starke, erfolgreiche bayerische Realschule als hoch anerkannte mittlere Säule des bewährten differenzierten Bildungswesens. Die bayerische Realschule ist ein entscheidender Garant für Bildungsqualität und Zukunftsfähigkeit. Die Menschen im Freistaat stehen klar zum Bildungsweg über die Realschule.“ Nach der Wahl steht fest: An dieser Tatsache kamen alle politischen Kräfte im Wahlkampf in Bayern nicht vorbei. Deshalb sei es nach Böhm nur konsequent, im Zuge der Koalitionsgespräche zwischen CSU und Freie Wähler eine zentrale Forderung des brlv zu bekräftigen: „Die Politik muss im Auge behalten, dass nur mit qualitativer, differenzierter Bildung und nur mit einer starken Realschule der wirtschaftliche Erfolg Bayerns gesichert werden kann. Denn: Um als künftige Fachkraft erfolgreich Karriere machen zu können, ist der Realschulabschluss eine hervorragende Basis – Wirtschaft, Handwerk und Verwaltung setzen ganz gezielt auf Realschulabsolventen, die den Wirtschaftsstandort Bayern gerade in den Regionen prägen. Die bayerische Realschule steht für hervorragende berufliche Bildung und bietet umfassende Chancen für die Lebenskarrieren der jungen Menschen.“

Jegliche Versuche, die Qualität der bayerischen Realschule abzuschwächen oder diese Schulart in Frage zu stellen, schaden der Zukunft Bayerns und den Menschen im Freistaat.“

Nach der Regierungsbildung gehe es laut Böhm nun darum, die brlv-Erwartungen zwei und drei zu erfüllen. Dabei skizzierte er die aktuelle Situation: Die Personalausstattung der Realschule sei mittlerweile gut, allerdings mache ihm der wegbrechende Lehrernachwuchs, auch in Bayern, Sorge. Der brlv sei der einzige Verband, der einen zukunftsweisenden Fokus auf die Gewinnung von qualifiziertem Lehrernachwuchs legt. Allen Versuchen zur Einführung des Einheitslehrers oder durch Anforderungsabsenkung bei Quereinsteigern (wie in anderen Bundesländern) sowie Tendenzen in Richtung Qualitätsabbau auch beim Realschulabschluss müsse entschieden Einhalt geboten werden. Zur Qualitätssicherung müsse die integrierte und mobile Lehrerreserve weiter ausgebaut werden. Böhm sprach davon, dass man in Bayern bei vorliegendem Wahlergebnis und angesichts der verheerenden Schulsituation in vielen anderen Bundesländern mit dem Wahler-

gebnis insgesamt sehr zufrieden sein könne.

### Wahlergebnis stimmt auch nachdenklich

Trotz positiver Grundstimmung ist bei Analyse des Landtagswahlergebnisses Nachdenklichkeit angebracht. Es ist durchaus die Frage nach dem Demokratieverständnis zu stellen, wenn Robert Habeck, Ko-Bundesvorsitzender der Grünen, sagt: „Endlich gibt es wieder Demokratie in Bayern“, selbst wenn er das wegen des öffentlichen Drucks wieder zurücknehmen musste und im gleichen Atemzug dann sagte: „Also morgen wählen gehen für eine lebendige, frische Demokratie!“

### Keine Schulstrukturdebatte durch Wahlergebnis in Bayern

Wenn für 52 Prozent der Wähler Bildung wahlentscheidend war und mit annähernd zwei Drittel jene Parteien gewählt wurden, die für das bewährte differenzierte Schulwesen eintreten, dann ist, bezogen auf die Bildungspolitik in Bayern (anders als bestimmte Parteien in unheiliger Allianz mit Medien

kolportieren), ein Veränderungsdruck nicht erkennbar. Das hatten im Übrigen auch die Wähler in Baden-Württemberg 2011 so gesehen. Allerdings haben SPD und Grüne sofort nach der Wahl die Schulstruktur umzukrempeln versucht (wohlgermerkt ohne Veränderungsdruck, weil das Bundesland bei allen Studien bis dahin bestens abgeschnitten hat!). Es dauerte nicht lange, bis die Bürger erkannten, dass die beliebte Schulart Realschule vernichtet und durch die Gemeinschaftsschule ersetzt werden sollte – „Das wollten wir nicht!“, war vielerorts von Eltern zu hören. Diese Vorgehensweise eines rigiden Schulstrukturwechsels durch Rot-Grün oder Grün-Rot war auch in vielen anderen Bundesländern zu beobachten. Kurz nachdem Gemeinschaftsschulideologen in Regierungsverantwortung kamen, wurden mit allen Mitteln Schulreformen gegen den Willen von Eltern und Lehrkräften durchgedrückt mit der Folge eines massiven Qualitätsverlustes (siehe dazu den Beitrag über Bremen/Bremerhaven). Bayern bleibt zumindest für die nächsten fünf Jahre diese Negativverfahren erspart, wenngleich sofort nach der Wahl davon gesprochen wurde – Zitat der Grünen-Vorsitzenden Schulze: „Die Menschen in Bayern haben Veränderung gewählt.“

Fortsetzung nächste Seite

## Bremen/Bremerhaven: Eltern wollen Schulnoten, Sitzenbleiben und differenziertes Schulwesen zurück

### Umfrage zeigt große Unzufriedenheit bei den Eltern

Ein halbes Jahr vor der Bürgerschaftswahl in Bremen sorgt eine Umfrage bei Eltern in Bremen/Bremerhaven für Unruhe. Die Eltern zeigen sich mit der Bildungspolitik extrem unzufrieden. 79 Prozent der Bürger lehnen die seit 10 Jahren Richtung Gemeinschaftsschule ausgerichtete Bildung in Bremen ab. Sie fordern eine Kehrtwende und sprechen sich für das Wiedereinführen von Schulnoten, des Sitzenbleibens und des differenziertes Schulwesen mit eigenständigen Schularten (gegliedertes Schulwesen) aus; sie wollen zudem das „Abschaffen“ der Inklusion. (nord24.de)

Die Kritik lässt sich in folgender Aussage zusammenfassen: „EINHEITSSCHULE - Nein danke!“ Im Weserkurier ist dazu ausgeführt: „In keinem Bundesland sind die Leistungen von Viertklässlern in Deutsch und Mathematik schlechter als in Bremen. Ob Lesekompetenz, Orthografie, Textverständnis, räumliches Denken, Mustererkennung oder einfaches Rechnen: In jedem einzelnen überprüften Bereich haben die hiesigen Grundschüler die rote Laterne.“ (www.weser-kurier.de)

Interessant ist die Forderung der GEW nach den fatalen Ergebnissen des zweiten IQB-Bildungstests und nach dem IQB-Bildungstrend 2017: „... man solle sich an den Tests am besten gar nicht

mehr beteiligen, um Bremer Schüler nicht weiter zu demütigen.“ (www.weser-kurier.de)

Mit der Methode „Augen zu und durch“ kommen die Verantwortlichen in Bremen offensichtlich nun wegen des Elternprotestes vor der Bürgerschaftswahl nicht mehr durch. Die Eltern machen gehörig Druck und fordern im Kern die Abkehr von der Gemeinschaftsschulideologie hin zu den Wesensmerkmalen des differenziertes Schulwesens mit eigenständigen Schularten. Sie fordern eine qualitätsvolle Schulbildung, die auf Anstrengungsbereitschaft, Anerkennung von Leistung und Konsequenz im pädagogischen Handeln setzt. Verständlich, denn die Ergebnisse der Untersuchungen sind fatal: „... Jeder dritte Viertklässler kann nicht richtig rechnen, jeder vierte nicht richtig lesen. Erreicht wurden von dieser Gruppe nicht einmal die Mindeststandards. Bei Bremer Neuntklässlern sieht es ähnlich düster aus, das zeigte zuvor der IQB-Report 2016.“

Leider haben die Wähler in Bremen im Sek I-Bereich kaum eine Alternative zur Gemeinschaftsschule. Im Stadtstaat gibt es seit einem Jahrzehnt kaum noch eine Partei, die sich für eine Differenzierung zwischen Hauptschule und Realschule ausspricht (Schulkonsens 2008 von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen). Die Gesamtschulstrategen haben über das strategische Mittel des Schulfriedens die Eltern in Bremen/Bremerhaven ab 2007 (rot-grüne Regierung) gleichsam entmündigt. Das verstärkt den Unmut. Auch die CDU versucht sich lieber mit medienwirksamen Slogans wie „Das Ende der Kreidezeit?!“ zu profilieren. Dass die Kinder in der von ihr mitgetragenen Oberschule (Gemeinschaftsschule in Bremen) kaum lesen und schreiben können, interessiert Bildungspolitiker der Bremer Bürgerschaft offensichtlich wenig. Auch das kennzeichnet den Niedergang von Volksparteien.

ANTON HUBER

Die Veränderer waren in der Tat auch in Bayern bisher durchaus erfolgreich in der Anwendung ihrer Strategie. Ein Blick auf die Theorie des Veränderungsmanagements (change management) nach Kurt Lewin und John P. Kotter macht dies deutlich.

In der bayerischen Bildungspolitik ist der Veränderungsprozess – anders als in den übrigen Bundesländern – nach der Auftauphase (unfreezing) mit den Teilschritten „Gefühl der Dringlichkeit vermitteln“, „Führungscoalition aufbauen“, „Vision und Strategie entwickeln“, „Vision kommunizieren“, in der Bewegungsphase (moving) stecken geblieben. Die Modernisierer haben in Bayern das Problem, dass in der Bildungspolitik starke Kräfte wie der brlv und Elternverbände agieren. Weil diese immer danach fragen, ob die Neuerung/Veränderung für die Gesellschaft einen Mehrwert gegenüber dem bisher bestehenden, organisch Gewachsenen bringt, werden sie diskreditiert. Sie gelten als „Hindernis“ im Veränderungsprozess und werden als Ewiggestrige, ständisch Denkende, ja Reaktionäre abgestempelt. In der Bewegungsphase (moving) heißt es nämlich, „Hindernisse aus dem Weg räumen“, „kurzfristige Erfolge sichtbar machen“, „Veränderung weiter antreiben“, „nicht nachlassen“. Dabei hatten und haben die Reformer in Bayern ihre Probleme.

Andere Bundesländer sind längst in der dritten Phase, der Einfrierphase (refreezing) angelangt, in der die Veränderungen im Gesamtsystem/ in der Gesellschaft verankert werden. Die haben sich jetzt mit den veränderten Strukturen, mit einem Chaos und Brüchen in der Schulstruktur durch die Gemeinschaftsschule auseinander zu setzen. Sie erkennen den Niedergang der Schulqualität/des Bildungsniveaus – jetzt sogar Vertreter der Wirtschaft, allerdings reichlich spät – vielfach zu spät, weil die Gemeinschaftsschule verankert (refreezing) und die Realschule massiv geschwächt bzw. abgeschafft ist.

Unter diesem strategisch zu betrachtenden Gesichtspunkt stimmt auch Folgendes zur Landtagswahl in Bayern nachdenklich: Es stellt sich die Frage, was sich denn inhaltlich ändern muss, wenn die Grünen fordern „inhaltlich, personell und im Stil muss sich was ändern“, denn „die Menschen in Bayern haben die Veränderung gewählt“. Diese Schlussfolgerung kann wohl nur von Politikern kommen, die sich Reformen und Veränderung um ihrer selbst willen auf die Fahnen schreiben.

Mit Blick in andere Bundesländer haben die Bürger in Bayern rechtzeitig erkannt, dass die Modernisierer/Veränderer/Reformer, die der Bevölkerung jede Veränderung als Fortschritt verkaufen wollen, mit ihren Schulreformen das Gegenteil dessen bewirken, was sie vorher versprochen haben. Ihre Visionen zum längeren gemeinsamen Lernen im Konzept „Eine-Schule-für-alle“ (Gemeinschaftsschule) stellten sich alle-

samt als Mythos und Wunschenken heraus. Deshalb war in Bayern, das einerseits belächelt und andererseits beneidet wird, die unheilvolle „Führungscoalition“ in der Bildung (bestimmte Parteien, OECD, Bertelsmann-Stiftung, zahlreiche Medien) in der Vermittlung der Visionen nicht erfolgreich. Die bayerische Bevölkerung hat die Strategie der Change-Management-Lobby durchschaut und aufgrund der äußerst ne-

gativen Berichte über das Bildungsniveau in anderen Bundesländern entsprechend gewählt. Dazu hat auch der brlv einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Aussage der Grünen „Die Menschen in Bayern haben Veränderung gewählt“ ist für die Bildungspolitik in Bayern völlig unzutreffend. Das wissen natürlich die Politikprofis und haben ihren Wahlkampf auch danach ausgerichtet. Mit ihrer Aussage zum Veränderungsdruck noch am Wahlabend setzen sie aber ihre Strategie fort. Wohlwissend, dass ihre Schulreformen in vielen Bundesländern scheitern, kommunizieren sie weiter ihre Visionen, verbreiten Unsicherheit und Unzufriedenheit. Dabei finden sie in den Medien große Resonanz. Sie werden auch nicht nachlassen, „Hindernisse aus dem Weg zu räumen“, Kritiker zu verunglimpfen und der Bevölkerung Veränderung als Fortschritt zu verkaufen. Die Ideologen bleiben in ihrer Strategie des Veränderungsmanagements verhaftet, bis sie die Gemeinschaftsschule auch in Bayern implementiert haben. So gesehen wurde Veränderungsmanagement (change management) relativ unbedacht – auch in Bayern – aus dem Wirtschaftsbereich auf andere Gesellschaftsbereiche wie die Bildung übernommen. Ein erfolgreiches Instrument im Wirtschaftsleben wurde zu einem Hebel der Ideologie in der (Schul-) Politik. Veränderungsgläubigkeit fragt nicht nach Maßnahmen, die sich auf die Führung einer Gemeinschaft, eines Staates zum Wohle seiner Bürger beziehen (eine Forderung an die Politik seit Jahrhunderten). Veränderungsmanagement ist ein Werkzeug, das lediglich Methoden anwendet, um bestimmte eigene Vorstellungen gegen andere Interessen durchzusetzen. Dabei geht es nicht um gute Argumente, sondern darum, Machtverhältnisse zu ändern bzw. zu stabilisieren.

Wer noch eines Beweises bedarf, dass auch in Bayern Schulpolitik die Auftauphase (unfreezing) durchschritten hat und in die Bewegungsphase (moving) geraten ist, der sei an Lehrer- und Schulleiterfortbildungen zum „change management“ erinnert. Dort wurde von Schulpädagogen der Universität ganz massiv die Notwendigkeit der Veränderung in der Bildung reklamiert. Nach dem Ziel der Veränderung gefragt, gab es nur dürftige Reaktionen. Das Ziel sei nicht klar, hieß es, aber die Veränderung an sich sei bereits positiv, sei als Fortschritt zu sehen. Mit dieser Haltung ist der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet, weil Erfahrung, Tradition, am Ende Kultur wegen eines vorgeschobenen – von

politischen Kräften bewusst erzeugten – Veränderungsdrucks leichtfertig aufgegeben werden. Der Weg ist gerade in der Bildungspolitik nicht das Ziel!

### Warnung aus anderen Bundesländern: „Passt bloß auf“

In die Zufriedenheit ob des Wahlergebnisses in Bayern und der Bayernkoalition, die für Kontinuität in der Bildungspolitik steht, sollte sich also durchaus Nachdenklichkeit mischen. Von anderen Bundesländern, die ihre Schulsituation als sehr schlimm bis unerträglich erfahren, kommt laufend die Warnung „Passt bloß auf!“ Für den brlv heißt es weiterhin, wachsam zu sein und den Ideologen bei der Umsetzung ihrer Strategie im Veränderungsmanagement Gegenwehr zu bieten. Das ist gut begründet: Lehrkräfte, aber auch die Eltern fordern endlich mehr Ruhe, Kontinuität und Verlässlichkeit in der Bildung/Schule; sie haben die ständigen Reformen mehr als satt. Dies nicht etwa, weil die Lehrkräfte es sich bequem machen. Das war bei der fortschrittlichen Ausrichtung auf Zukunftsfähigkeit der allseits geschätzten modernen Schulart Realschule nie möglich. Realschullehrkräfte sind realistisch und denken wie die Mehrheit der Bürger Bayerns eher konservativ, das heißt, eine Veränderung ist keinesfalls Selbstzweck und hat als solche keinen Eigenwert. Sie fragen stets danach, ob das Neue auch besser ist als das, was sich bisher bewährt hat. Gerade in diesem Sinne ist das Bewahrende (Konservative) ein echter Fortschritt. Ein Fortschritt, der kein Stillstand ist und nie war. Der brlv bietet der Politik und Verwaltung stets realistische und pragmatische Vorschläge an, um die Herausforderungen der Gegenwart wie Digitalisierung oder Migration entsprechend der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu lösen – im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

„Für die Zukunft unseres Freistaats und seiner Menschen“

## FRAGEN AN DEN NEUEN KULTUSMINISTER PROF. DR. MICHAEL PIAZOLO

An der Isar zuhause, erkundet der Bildungspolitiker am liebsten den Freistaat mit seinen schönen Regionen und ist gerne mit den Menschen vor Ort im Gespräch. Sein Lebensmotto, frei nach de Saint-Exupéry: „Um klar zu sehen, reicht oft ein Wechsel der Blickrichtung.“

### Welches sind die wichtigsten Stationen Ihrer Vita?

Nach meinem Abitur am Karls gymnasium Stuttgart habe ich Jura und Politikwissenschaft studiert und promoviert. Nach einem kurzen Gastspiel als



Professor in Berlin lehrte ich europäische Studien an der Hochschule in München. Ich bin auch schon lange politisch aktiv: 2008 wurde ich in den Bayerischen Landtag gewählt und setze mich konsequent für die Bildung und Erziehung der jungen Menschen in Bayern ein.

### Mit welchen grundlegenden Zielen treten Sie Ihren Posten an?

Mein Ziel ist es, optimale Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen an den bayerischen Schulen zu schaffen. Dazu gehören kleinere Klassen, um eine stärkere individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Einen weiteren

Schwerpunkt meiner Arbeit sehe ich unter anderem im weiteren Voranbringen der Digitalisierung an den bayerischen Schulen.

### Wie weit finden sich Ihre Ziele im Koalitionsvertrag wieder?

Bis zum Jahr 2023 sollen 5.000 Lehrer neu eingestellt werden – das ist mir ein besonderes Anliegen, um kleinere Klassen zu erreichen, eine stärkere individuelle Förderung zu ermöglichen und möglichst ohne Quereinsteiger auszukommen. Für angehende Erstklässler, die zwischen Juli und September sechs Jahre alt werden, schaffen wir zudem einen flexiblen Einschulungskorridor. Ob sie eingeschult werden, entscheiden die Eltern.

### Welchen Ratschlag, den Sie heute beherzigen, hätten Sie gern schon vor 20 Jahren gekannt?

Ziele und Wege auf dem persönlichen Lebenspfad mögen sich ändern, wichtig ist, dass du glücklich bist!

### Was möchten Sie bayerischen Realschullehrern gern auf den Weg geben?

Seien Sie sich Ihrer Bedeutung bewusst: Sie sind eine tragende Säule nicht nur für unsere Schulen, sondern vor allem auch für unsere Gesellschaft. Kaum ein Beruf ist ähnlich verantwortungsvoll wie der des Lehrers. Zugleich ist er aber auch erfüllend, weil Sie junge Menschen auf ihrem ganz individuellen Weg begleiten und unterstützen. Sie sind nicht nur Vermittler von Wissen und Können. Sie sind zentrale Ansprechpartner und Vorbilder für unsere jungen Menschen. Es ist mir eine Ehre, mit Ihnen und allen Beteiligten die bayerische Bildungslandschaft in die Zukunft zu führen!

# Was bringt der Koalitionsvertrag für die Realschulen?

## Ein Blick in den Text von Ralf Neugschwender

### BEKENNTNIS ZUM DIFFERENZIIERTEN SCHULSYSTEM

„Unsere gemeinsame Philosophie bleibt ein klares Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem, das sich durch größtmögliche Durchlässigkeit auszeichnet. Hierzu möchten wir die einzelnen Schularten und ihre Profile – von den Grund-, Förder- und Mittelschulen über die Realschulen und Wirtschaftsschulen bis hin zu den Gymnasien und beruflichen Schulen – auch weiterhin personell und finanziell stärken.“ (S. 35)

### BEKENNTNIS ZUM BILDUNGSFÖDERALISMUS

„Wir wollen in Bayern unser gutes Bildungsangebot eigenverantwortlich und unabhängig vom Bund weiter ausbauen. Vielfalt ist kein Manko, sondern die Stärke des deutschen Bildungswesens. Wir lehnen daher ein bundesweit einheitliches Bildungssystem auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ab. Am Kooperationsverbot, das die Zuständigkeit der Länder für die Schulpolitik sichert, halten wir nachdrücklich fest.“ (S. 35)

### ANKÜNDIGUNG VON NEUEINSTELLUNGEN

„Wir wollen die hervorragende Ausbildung unserer Lehrkräfte und ihre Rolle in der Schule stärken. Um unser Spitzenniveau im Bildungsbereich weiter auszubauen, wollen wir 5.000 Lehrerinnen und Lehrer mit qualifizierter Ausbildung bis 2023 neu einstellen. Der Aufwuchs soll schnell beginnen. Unser Ziel ist, Unterrichtsausfall zu vermeiden, kleinere Klassen zu erreichen, eine stärkere individuelle Förderung zu ermöglichen und weiterhin den Lehrbedarf ohne Seiteneinsteiger decken zu können.“ (S. 35/36)

### BEKENNTNIS ZUM BEAMTENSTATUS

„An der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer halten wir fest. Mit einem Sonderprogramm werden wir denjenigen befristet

Angestellten, die über eine vollständige Lehrerausbildung verfügen und sich als zuverlässige Aushilfen bewährt haben, den Einstieg in den Staatsdienst auf Basis der Verbeamtung ermöglichen. Insgesamt wollen wir das Modell der Befristung weitgehend abschaffen.“ (S. 36)



Foto: picture alliance/Sven Hoppe/dpa

### ZUSAGEN ZUR BEAMTENBESOLDUNG

„Im Januar 2019 beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wie zwischen 2013 und 2018 streben wir auch diesmal eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger an. Arbeitszeit und Sonderzahlungen bleiben unangetastet.“ (S. 56)

### ANREIZ ZUR NACHWUCHSGEWINNUNG

„Wir wollen alle Lehrerinnen und Lehrer beim Berufseinstieg weiter besserstellen und erhöhen dazu die Eingangsbesoldung durch Streichung der jeweils ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen.“ (S. 36)

### SCHUTZ DER LEHRKRÄFTE

„Wir wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer besser schützen: Sie haben mehr Respekt, Achtung und Schutz vor Gewalt und Mobbing verdient. Gegen Angriffe auf ihre Autorität mittels

digitaler Denunziations-Portale werden wir entschieden vorgehen. Die Gesundheit unserer Lehrkräfte ist uns ein zentrales Anliegen. Dafür werden wir zusätzliche Mittel bereitstellen.“ (S. 36)

### VORANBRINGEN DER DIGITALISIERUNG

„Wir treiben die digitale Bildung kraftvoll voran. Wir verbessern die IT-Rahmenbedingungen an den Schulen. Wir führen die Einrichtung von 50.000 digitalen Klassenzimmern fort und verbessern die IT-Ausstattung an Ausbildungsseminaren und Seminarschulen, begleitet von einer ausreichenden Breitbandanbindung der Schulen. (...) Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir Lösungsansätze für Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastrukturen an den Schulen erarbeiten und umsetzen. Ziel ist im Idealfall ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege, um Systembetreuer und Schulleitungen von diesen zusätzlichen technischen Aufgaben zu entlasten.“ (S. 37)

### BEKENNTNIS ZUR GLEICHWERTIGKEIT BEI BILDUNGSWEGEN

„Wir stärken die berufliche Bildung. Wir stärken den Meister und die duale Ausbildung und bekennen uns klar zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Dazu entwickeln wir Konzepte zur beruflichen Orientierung an all unseren Schulen kontinuierlich weiter.“ (S. 37/38)

### FOKUS AUF WERTE UND DEMOKRATIE

„Wir stärken die Demokratieverziehung und Wertebildung an den Schulen. Damit stützen wir das Bewusstsein für die Unverhandelbarkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ (S. 38)

### FESTHALTEN AM STAATSEXAMEN

„Bei den Lehramtsstudiengängen sowie bei Jura und Medizin halten wir an Staatsexamen als Abschluss fest.“ (S. 39)

## BRLV-VORSITZENDER JÜRGEN BÖHM ZUM KOALITIONSVERTRAG

„Der Vertrag macht deutlich, dass Bildung weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt der Regierung einnehmen wird. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass Bayern an der Verbeamtung der Lehrkräfte festhält, perspektivisch Befristungen abschaffen und damit eine zukunftsfähige Personalplanung für die Schulen ins Auge fassen sowie bis 2023 5.000 neue Stellen an den differenzierten Schularten in Bayern schaffen möchte. Nur mit einer perspektivischen Einstellungspolitik, nur mit motiviertem und bestens ausgebildetem Lehrkräftenachwuchs kann in die Zukunft der jungen Menschen im Freistaat investiert, kann dem Fachkräftemangel entgegengesteuert, kann der

Wirtschafts- und Bildungsstandort Bayern gesichert werden. Entscheidend ist nun, dass die neuen Stellen an allen Schularten ankommen. Die Realschulen im Freistaat haben trotz hervorragender Reputation immer noch die höchsten Klassenstärken. Auch die Digitalisierung bei Infrastruktur und Inhalt voranzutreiben ist richtig. Zudem: Die Ankündigung, Schulleitungen, Schulverwaltungen und Systembetreuungen vor Ort zu entlasten, greift klare Positionen des Bayerischen Realschullehrerverbandes auf. Der brlv wird jetzt genau hinschauen, wie die noch vielen recht allgemeinen Festlegungen konkret umgesetzt werden und welche personellen und finanziellen Ressourcen dafür bereitgestellt werden.“

# Ehemalige Realschülerin Ilse Aigner nun Landtagspräsidentin

INTERVIEW JUDITH KADACH FOTO ROLF POSS

## Frau Aigner, welche Bedeutung hat die Ausübung des Amtes der Landtagspräsidentin für Sie und welche Ziele haben Sie sich gesetzt?

Das Amt der Landtagspräsidentin ist eine große Ehre und wichtige Aufgabe. Ich möchte in diesem Amt nah am Menschen sein, mir in persönlichen Gesprächen ein Bild machen, was den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern wichtig ist und was sie umtreibt. Als Präsidentin unserer bayerischen Volksvertretung wünsche ich mir einen starken, selbstbewussten Landtag, der seine Rolle als Legislative gut und im Sinne der Bürger wahrnimmt. Im parlamentarischen Miteinander setze ich auf Anstand und Fairness aller im Landtag vertretenen Parteien. Wir brauchen ein hartes Ringen in der Sache, aber persönlich verletzend darf der Umgang nie sein. Wir alle im Parlament sind gewählte Volksvertreter und damit Vorbilder.



## Welchen Stellenwert nimmt die bayerische Realschule in der Bildungspolitik ein? Welche Rolle spielt sie für Sie als ehemalige Realschülerin – inwiefern war sie wichtig für Ihren beruflichen Werdegang?

Die Realschule nimmt für mich einen sehr hohen Stellenwert ein.

Gerade in Zeiten, in denen praxisnah ausgebildete Fachkräfte mehr denn je gesucht werden, bereitet die Realschule ideal auf das Berufsleben vor. Zugleich bietet ein Realschulabschluss alle Möglichkeiten, weil unser Schulsystem so flexibel und durchlässig geworden ist. Ich jedenfalls bin gerne in die Realschule gegangen und habe davon immer profitiert.

## Was ist Ihr Lebensmotto?

Gott gebe mir die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

## Politische Tätigkeiten

Seit November 2018: Präsidentin des Bayerischen Landtags, März bis November 2018 Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, seit Oktober 2013 Mitglied des Landtags, 2013-2018 Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, 2008-2013 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 1998-2013 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1994-1998 Mitglied des Bayerischen Landtags, seit 1987 Mitglied der Frauen Union, seit 1985 Mitglied der Christlich-Sozialen-Union

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de)



17GR10

Empfohlen vom  
**dbb vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

Eine Marke der AXA Gruppe